



Knittelfelder

NACHRICHTEN

Österreichische Post AG

Nummer 287
März 2025

Aus dem Inhalt:

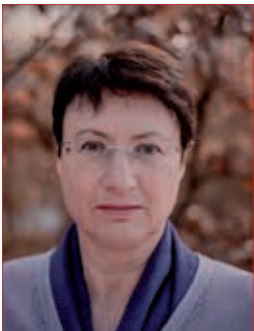
**Ein Rückblick
auf unsere
Tätigkeit**

Die KPÖ im Gemeinderat - ein Rückblick

Am 23. März wird ein neuer Gemeinderat gewählt. Es liegt an den Wählerinnen und Wählern zu entscheiden, welche Partei wie stark im künftigen Gemeinderat vertreten ist.

Wir wollen mit dieser Zeitung einen Rückblick geben: über unsere Tätigkeit im Gemeinderat und in der Region und wie wir in wichtigen Fragen Stellung bezogen haben. Damit wollen wir in Erinnerung rufen, in welchen Bereichen wir aktiv waren und welche Fragen in den letzten Jahren wichtig für unsere Region waren. Wir hoffen, dieser Rückblick ist eine Hilfestellung bei Ihrer Wahlentscheidung.

Ihre KPÖ-Gemeinderät:innen:



Ing. Renate Pacher



Franz Moharitsch



Sonja Karimi



Josef Meszlenyi



Sylvia Lammer-
Wultsch, Bakk.Phil.

Grundsätzliches zum Gemeinderat

Der Knittelfelder Gemeinderat hat 31 Mitglieder. Die SPÖ hat mit 20 Mandaten die absolute Mehrheit, die ÖVP hat fünf, die KPÖ vier und die FPÖ zwei Mandate.

Einer unserer vier Gemeinderäte war zu Beginn der Periode Franz Moharitsch. Später rückte Sylvia Lammer-Wultsch an seine Stelle nach. Während ihrer Karenz wurde vor Kurzem Franz Moharitsch wieder als Gemeinderat anglobt.

Unsere Gemeinderät:innen bringen Ideen und Vorschläge ein. Um etwas umsetzen zu können ist jedoch die Zustimmung der SPÖ-Mehrheit nötig. Deshalb braucht es oft viel Geduld und einen langen Atem, um Verbesserungen durchzusetzen - **aber wir sind hartnäckig.**

Mitarbeit der anderen Fraktionen nicht gefragt

Die SPÖ hat die absolute Mehrheit und kann deshalb alles im Alleingang beschließen. Der Gemeinderat ist das höchste Gremium der Gemeindeverwaltung. Die Vorhaben müssten also **zuerst** im Gemeinderat diskutiert und beschlossen werden. Die Realität sieht leider anders aus: Die anderen Fraktionen erfahren von wichtigen Vorhaben und Weichenstellungen oft erst aus den Medien.

Das ist weder demokratisch noch konstruktiv. Durch diese Alleingänge wird bewusst auf Mitarbeit und Ideen der anderen Fraktionen verzichtet. Es wird kein Wert darauf gelegt, gemeinsam die optimalste Lösung zu finden. Das wird sich erst ändern, wenn die SPÖ nicht mehr über die für sie so bequeme Mehrheit verfügt.

Knittelfelder

NACHRICHTEN

**Damit man
draußen weiß,
was drinnen
vorgeht!**

Protest hat 3 Buchstaben:

KPÖ

Vieles, was im Gemeinderat vorgeht, würden Sie ohne unsere „Knittelfeld Nachrichten“ wohl nie erfahren.

So funktioniert der Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt das Gemeindebudget, Verordnungen und alle wichtigen Vorhaben. Mindestens einmal im Quartal muss es eine öffentliche Gemeinderatssitzung geben.

Früher gab es mindestens sieben Gemeinderatssitzungen im Jahr. Unter Bürgermeister Gerald Schmid wurde damit begonnen weniger Sitzungen durchzuführen. Diese Praxis wird unter Bürgermeister Harald Bergmann fortgesetzt. Wir halten das für falsch, denn dadurch bekommen die Anliegen in der Gemeinde weniger öffentliche Diskussion.

Die Gemeinderatswahl ist keine Bürgermeisterwahl

Auch wenn es oft anders dargestellt wird, es gibt keine Bürgermeisterdirektwahl. Der Gemeinderat wählt in seiner ersten Sitzung den Bürgermeister und die anderen Mitglieder des Stadtrates. In Knittelfeld hat der Stadtrat sieben Mitglieder. Dort hat - entsprechend dem Wahlergebnis - die SPÖ fünf Sitze, ÖVP und KPÖ je ein Mitglied. Der Stadtrat beschließt Vorhaben bis zu einem bestimmten Betrag. Die Höhe der monatlichen Bezüge ist gesetzlich geregelt.

Die Höhe der Bezüge gerundet, monatlich, brutto 14 x im Jahr

Der Stadtrat:

Bürgermeister:	
Harald Bergmann (SPÖ)	10.620 Euro
Vizebürgermeister:	je 2.549 Euro
Erwin Schabhüttl (SPÖ) und Wolfgang Kauseder (ÖVP)	
Finanzreferent:	
Guido Zeilinger (SPÖ)	2.549 Euro
Stadträte:	je 1.699 Euro
Regina Biela (SPÖ)	
Christian Perschl (SPÖ)	
Josef Meszlenyi (KPÖ)	

Neben dem Stadtrat gibt es Ausschüsse. In den Ausschüssen werden die Angelegenheiten der Gemeinde vorberaten. Alle Ausschüsse werden von Mitgliedern der SPÖ geleitet. Nur der Prüfungsausschuss muss laut Gesetz von der kleinsten Fraktion geführt werden.

Mehr als 170.000 Euro Einsparungspotenzial vertan

Die Gemeinderatsmehrheit entscheidet, ob an Stadträte auch konkrete Aufgaben übertragen werden. Wir haben im Gemeinderat angeregt, alle Stadträte, nicht nur jene der SPÖ, mit einem Ausschussvorsitz zu betrauen. Das wäre ein enormes Einsparungspotenzial.

Denn Stadträt:innen, die einen Ausschuss leiten, bekommen dafür keinen zusätzlichen Bezug. Vorsitzende, die nicht im Stadtrat sind erhalten aber 18 % des Bürgermeisterbezugs, das sind 1.529 Euro, brutto 14 mal im Jahr. Wenn also ÖVP und KPÖ einen Ausschussvorsitz bekommen hätten, wären damit über die Gemeinderatsperiode gerechnet mehr als 170.000 Euro(!) eingespart worden. Leider verhallte unser Appell ungehört.

Die Ausschüsse

- **Recht, Finanzen, Wirtschafts- und Tourismusangelegenheiten**, Vorsitz: **Guido Zeilinger***
- **Raumplanung Bauwesen, Liegenschaftsverwaltung**, Vorsitz: **Erwin Schabhüttl***
- **Umwelt, Bildung, Stadtentwicklung, internationale Beziehungen, Lebensqualität**, Vorsitz: **Harald Bergmann***
- **Verkehr, öffentliche Sicherheit, Zivilschutz**, Vorsitz: **Robert Sontacchi**
- **Kinder, Jugend, Familie**, Vorsitz: **Tanja Schmid**
- **Sport und Gesundheit**, Vorsitz: **Anica Lassnig**
- **Kultur, Vereinsangelegenheiten**, Vorsitz: **Ingrid Kaltenegger**
- **Soziales, Frauen**, Vorsitz: **Regina Biela***
- **Prüfungsausschuss**, Vorsitz: **Dominik Modre**

*** Mitglieder des Stadtrates, daher ohne zusätzlichen Bezug. Die anderen Ausschussvorsitzenden bekommen für ihre Tätigkeit monatlich rund 1.529 Euro brutto 14 mal im Jahr.**

Die Bezüge der Ausschussvorsitzenden regelt der Gemeinderat. Deshalb haben wir zu Beginn der Gemeinderatsperiode folgenden Antrag eingebracht:

„Der Gemeinderat der Stadt Knittelfeld beschließt, die Bezüge der Ausschussvorsitzenden auf 10 % des Bezugs des Bürgermeisters zu senken.“

Antrag der KPÖ zur Senkung auf 10 % von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt

Das wären also 850 Euro im Monat statt 1.529 Euro. Auch dieser Vorschlag hätte enorme Einsparungen gebracht. Leider wurde auch unser Antrag, die Bezüge der Ausschussvorsitzenden zu senken, von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Die ÖVP war der Meinung, die Höhe der Bezüge sei gerechtfertigt. Die FPÖ erklärte, in Zeiten von Corona werde mehr Arbeit auf die Ausschüsse zukommen. Worauf sich diese Annahme gegründet hat, war für uns völlig unklar. Denn gerade wegen Corona waren viele Veranstaltungen nicht möglich und viele Projekte mussten auf Grund der finanziellen Einbrüche der Gemeindefinanzen zurückgestellt werden - also weniger statt mehr Arbeit in den Ausschüssen.

Bezüge der Referent:innen von SPÖ, ÖVP und FPÖ um 150(!) % erhöht

Seit der vorletzten Gemeinderatsperiode gibt es auch Referent:innen. Auch diese erhalten einen monatlichen Bezug.

Zu Beginn waren das 4 % des Bürgermeisterbezugs. Zu Beginn der jetzigen Periode wurde der Bezug auf 10 % erhöht. Eine Steigerung von rund 150 %. Nur die KPÖ stimmte gegen diese Erhöhung.

Die Referate

- **Wirtschaft** Wolfgang Knauseder*
- **Sport** Christian Perschl*
- **EU-Angelegenheiten, Frauen und Integration** Deshire Shehu
- **Forst und Landwirtschaft** Manfred Wachter
- **Jugend** Manuel Tausenegger
- **Vereinsangelegenheiten** Wilfried Sturm
- **Umwelt** Natascha Meltzer

* Mitglieder des Stadtrates, daher ohne zusätzlichen Bezug. Die anderen Referent:innen bekommen für ihre Tätigkeit monatlich rund 850 Euro brutto 14 mal im Jahr

Es gibt sicher Gemeindefunktionär:innen, die engagiert sind und gute Ideen haben - aber die Bezahlung ist jedenfalls sehr hoch!

2024 saftige Erhöhung von 9,7 %

Im Gegensatz zu Sozialleistungen werden die Bezüge der Politiker:innen jährlich angehoben. Im Jahr 2024 betrug diese Erhöhung 9,7 %.

Antrag auf Deckelung von SPÖ abgelehnt

Wir haben im Gemeinderat den Antrag gestellt vom Land - analog zu den Landespolitiker:innen - eine Deckelung der Anhebung auf 4,85 % einzufordern. Die SPÖ hat unseren Antrag abgelehnt.

Der Bürgermeister konnte sich im Vorjahr über eine Erhöhung von rund 12.500 Euro brutto im Jahr freuen, für Vizebürgermeister und Finanzreferent waren es rund 3.000 Euro brutto mehr. Von solchen Zusatzeinkommen und solchen Erhöhungen können viele Menschen nur träumen. Eine solche Steigerung ist nicht gerechtfertigt.

Wir haben deshalb die Erhöhung von 9,7 % **(1.850 Euro) im Vorjahr für soziale Zwecke gespendet**. 300 Euro gingen an das Tierheim Murtal. 200 Euro an den Verein „Aus Liebe zum Tier“ und 1.350 Euro an unseren Sozialfonds.



Besuch im Tierheim

Der KPÖ-Stadtratsbezug wird zu 100 % abgeliefert

Unsere Stadtrat Josef Meszlenyi bekommt in dieser Funktion einen monatlichen Bezug von 1.699 Euro brutto, 14 mal im Jahr.

Dieser Bezug wird zu 100 % an die KPÖ-Knittelfeld abgeliefert. Damit finanzieren wir unsere Gemeinderatstätigkeit, die Knittelfelder Nachrichten oder Veranstaltungen. Die KPÖ ist die einzige Partei, die die Bezüge der Gemeindepolitiker:innen veröffentlicht.

Der KPÖ-Sozialfonds

Die Politiker:innenbezüge sind zu hoch. Wie sollen Politiker:innen die Probleme der Menschen nachvollziehen können, wenn sie sich mit ihren Einkommen von ihren Wähler:innen abheben?

In der KPÖ gibt es eine Einkommensgrenze von 2.600 Euro

Aber wir kritisieren nicht nur, wir geben auch das persönliche Beispiel. Für KPÖ-Politiker:innen gilt eine Einkommensgrenze von derzeit 2.600 Euro im Monat. Alles darüber hinaus wird in den KPÖ-Sozialfonds abgeliefert. Mit den eingezahlten Geldern werden Menschen in Notlagen unterstützt. Jedes Jahr legen wir die Verwendung dieser Gelder offen.



LAbg. Claudia Klimt-Weithaler, StR. Josef Meszlenyi, Andrea Prieschl-Höllmüller

Wir führen in unserem Büro in Knittelfeld Sozialsprechstunden und Beratungen durch, in denen wir von unserer Sozialarbeiterin Andrea Prieschl-Höllmüller unterstützt werden. Die KPÖ hat nur zwei Landtagsabgeordnete. Sie geben jedes Monat mehrere tausend Euro in den Fonds - aber mit diesen Einzahlungen müssen wir die gesamte Steiermark abdecken.

Deshalb können wir nur kleine Beträge geben. Die Lebensbedingungen vieler Menschen sind so karg, dass sogar eine Spende von 30 Euro eine Hilfe ist. Die großen Unterschiede zwischen arm und reich in unserem Land sind eine soziale Schande.

KPÖ-Sozialfonds im Murtal

Seit 2005 hat die KPÖ Menschen im Murtal mit 170.471,87 Euro geholfen.

Sprechstunde mit Sozialberatung

KPÖ-StR. Josef Meszlenyi
und DSA Andrea Prieschl-Höllmüller

Mi. 19. März

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

Wer bezahlt die Gemeindevorhaben?



Vor den Gemeinderatswahlen werden Aussendungen verschickt. Es wird dargelegt wie viel für die Gemeinde geleistet wurde.

Oft sind das aber Projekte, deren Durchführung ohnehin dringend erforderlich war. Beinahe entsteht der Eindruck, als wären das alles Geschenke der SPÖ-Mehrheit an die Knittelfelder:innen.

Wie finanziert sich eine Gemeinde?

Die Haupteinnahmen unserer Gemeinde bestehen aus den Ertragsanteilen, den Gebühren, die von den Gemeindebürger:innen eingehoben werden und der Kommunalsteuer. Der Bund hebt Steuern ein und verteilt diese nach einem bestimmten Schlüssel an Bund, Länder und Gemeinden. Diese Einnahmen werden Ertragsanteile genannt und machen den Hauptanteil der Gemeindeeinnahmen aus.

Massensteuern liefern den Löwenanteil

Die wesentlichsten Steuereinnahmen des Bundes kommen aus Massensteuern: Von den rund 141 Milliarden Euro, die der Bund heuer einnehmen will, sollen rund 85 Milliarden aus Massensteuern wie der Lohnsteuer, der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer kommen. Aus der Besteuerung von Vermögen und Gewinnen hingegen sollen nur rund 20 Milliarden ins Budget fließen - und das, obwohl das reichste Prozent der Österreicher:innen rund die Hälfte aller Vermögen besitzt. Der Anteil, den die Besteuerung von Vermögen und Gewinnen zum Steuerkuchen beiträgt, ist in den vergangenen Jahren ständig gesunken.

Die arbeitenden Menschen bezahlen sich die Leistungen von Bund, Land und Gemeinde durch ihre Steuerzahlungen selbst!

**Reichensteuern
statt leere
Gemeindekassen**

Protest hat 3 Buchstaben:
KPÖ

Damit die Gemeinden in der Lage sind, für ihre Bewohner:innen ein lebenswertes Umfeld zu schaffen, müssen sie genügend Mittel bekommen. Wir meinen, diese Gelder dürfen aber nicht nur aus den Taschen der arbeitenden Menschen kommen. Gäbe es eine gerechte Besteuerung von Vermögen und Gewinnen, hätten alle Gemeinden genügend Geld.

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Renate Pacher, Josef Meszlenyi, Druck: Fa. Gutenberghaus

KPÖ: Für eine le

Natur statt Bodenversiegelung

Österreich ist Spitzenreiter in der Versiegelung von Grünland. Trotz schöner Sonntagsreden geht die Verbauung immer weiter. Grünflächen sind auch in Knittelfeld in den letzten Jahren deutlich weniger geworden. Sie sind aber ein wichtiger Teil der Lebensqualität.

Besonders Kinder haben immer weniger Freiräume. Eine Grünfläche geht durch die Verbauung für immer verloren. Gerade in Zeiten des Klimawandels braucht es ein Umdenken. Die Wohnbedarfsanalyse der Gemeinde hat gezeigt, dass in Knittelfeld knapp 1.000 Wohnungen ungenutzt sind. Trotzdem wird weiter gebaut, gegen die Bedürfnisse der Menschen.

Beispiel Kinderspielplatz Portniggstraße

Die OWG will auf der dortigen Grünfläche mit Spielplatz Wohnungen errichten. Nachdem wir über die Verbaupläne informiert hatten, sind Bewohner:innen aktiv geworden. Zusammen mit der KPÖ wurden über 600 Unterschriften für den Erhalt des Spielplatzes gesammelt. Wir haben die Unterschriften der Gemeinde und der OWG übergeben.



STR. Josef Meszleny,
Veronika Neubauer und
GR Renate Pacher

Trotzdem haben SPÖ, ÖVP und FPÖ die Wohnbauten dort rechtlich ermöglicht. Nur die KPÖ hat nicht zugestimmt.

Für einen Ankauf durch die Gemeinde

Rechtlich gesehen ist die OWG berechtigt, auf diesen Flächen zu bauen. Deshalb hat die KPÖ vorgeschlagen, die Gemeinde solle sich massiv dafür einsetzen, der OWG das Grundstück abzukaufen. Bürgermeister Harald Bergmann bezeichnete einen Ankauf als „fahrlässigen Umgang mit Steuergeld“.

Wir meinen, Steuergeld könnte kaum nützlicher verwendet werden als für die Erhaltung eines Spielplatzes und eines Erholungsraums.

Noch sind die Baumaschinen nicht aufgefahren, noch wäre Zeit, den Kinderspielplatz und die Grünfläche zu retten.

**Leerstand
sanieren
statt
Grünflächen
betonieren!**

Protest hat 3 Buchstaben:
KPÖ

Lebenswerte Region mit guter Versorgung !

Für die beste medizinische Versorgung: Nein zur zwei-Klassenmedizin!

Die ärztliche Versorgung ist auch in unserer Region ein Problem. Kassenarztstellen sind oft unbesetzt, die Wartezimmer überfüllt. Die Wartezeiten auf Operationen und Behandlungen lang. Die Kreditkarte ist oft wichtiger als die E-Card. Die Wahlarztpraxen boomen.

Ärzte- und Personalmangel: Versagen der Politik

Der Personal- und Ärztemangel ist der perfekte Vorwand, um schon lange gehegte Kürzungs- und Schließungspläne umzusetzen und Privatisierungen voranzutreiben. Die dringenden Warnungen vor den vielfältigen Problemen im Gesundheitssystem und dem drohenden Personalmangel gibt es schon seit vielen, vielen Jahren. **Es wurde nichts getan, um das zu verhindern!**

Für den Erhalt unserer Krankenhäuser!

Ein weiteres Problemfeld sind die Krankenhäuser in unserer Region. In Knittelfeld gab es einen massiven Personalmangel und Bettenreduzierungen. Die Hämato-onkologische Ambulanz wurde geschlossen.

Die letzte Hiobsbotschaft: Erich Schafflinger, Vorsitzender des „Koordinationsgremiums Versorgungssicherheit“ forderte die Schließung der Spitäler Knittelfeld, Judenburg und Stolzalpe sowie die Errichtung eines „Leitospitals Murtal“.

Die KPÖ hat oft vor diesen Entwicklungen gewarnt. Es braucht von der Landesregierung eine Standortgarantie für unsere Spitäler und Maßnahmen gegen den Personalmangel. Wir haben im Gemeinderat mehrere Anträge dazu gestellt.



Eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist nicht verhandelbar! KPÖ-StR. Josef Meszlenyi übergab der damaligen Gesundheits-LR Juliane Bogner Strauß die Vorschläge der KPÖ.



Minex - jede Asbestfaser ist eine zuviel!

Die Firma Minex plant in Zeltweg ein Verhüttungswerk. Gegen das Projekt gibt es massive Bedenken. Eine Bürgerinitiative ist entstanden und seit Jahren sehr aktiv.

Vor der letzten Gemeinderatswahl haben die Bürgermeister von Spielberg, Knittelfeld, Judenburg, Fohnsdorf und Zeltweg um **32.000 Euro Steuergeld** ein Gutachten in Auftrag gegeben und danach erklärt, dass von Minex keine Gefahr ausgehe. **Für uns völlig unverstündlich und eine Verharmlosung.**

Wir haben den Antrag gestellt, dass eine Diskussion mit Vertreter:innen der Firma Minex, der Bürgerinitiative sowie dem Gutachter stattfinden soll. Das wäre eine gute Möglichkeit, die unterschiedlichen Positionen transparent gegenüberzustellen. ÖVP und FPÖ unterstützen diese Idee. **Der Antrag wurde in allen fünf Gemeinden von der SPÖ ab-**

Kostenlose Klimatickets

Wir haben angeregt, die Gemeinde solle Klimatickets ankaufen und diese kostenlos an die Knittelfeld:innen verleihen. **Unsere Idee wurde umgesetzt, die Klimatickets sind sehr beliebt.**

Maschenverachtende Deckelung der Gesundheitsausgaben im reichen Österreich

Mit der „Gesundheitsreform 2013“ wurde die Deckelung der Ausgaben für das Gesundheitssystem beschlossen. Das Wachstum der Gesundheitsausgaben wurde an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gekoppelt. Die Gesundheitspolitik darf sich demnach nicht mehr an den Bedürfnissen der Menschen, sondern muss sich am Wirtschaftswachstum orientieren. **Damit wurden EU-Vorgaben umgesetzt.**

Sind Menschen in Zeiten eines sinkenden BIP oder einer Rezession weniger krank? Bund und Länder haben beschlossen, dass ein „Deckel“ für die Gesundheitsausgaben eingezogen wird, um die Ausgaben zu senken. Die Folgen waren Kürzungen in Milliardenhöhe, Krankenhausschließungen, Bettenabbau, Privatisierungen und schlechtere medizinische Versorgung.

12.150 Unterschriften für bessere Pflegebedingungen!

Im Pflegebereich gibt es massive Probleme. Die KPÖ hat eine Petition für Verbesserungen im Pflegesystem gestartet.

Rund 12.150 Unterschriften, davon über 700 aus dem Murtal, wurden gesammelt. Die 12.150 Unterschriften haben Druck gemacht, der zu einer Anhebung der Gehälter der KAGES-Beschäftigten geführt hat.



Das Personal im LKH Knittelfeld hat in einer Kundgebung verbesserte Arbeitsbedingungen gefordert. Die KPÖ hat diesen Protest unterstützt.

KPÖ: Für sichere Arbeitsplätze und ein gutes Leben für alle!

Schließung ATB: Ein bitterer Schlag!

Rund 400 Menschen haben ihren Arbeitsplatz verloren. Mit dem Ende der Elektromotorenproduktion ist ein ganzer Industriezweig in unserer Region verloren gegangen.



KPÖ-Gemeinderät:innen bei der Demonstration gegen die Schließung der ATB.

Um die Schließung der ATB zu verhindern, hat die KPÖ die Übernahme des Werks durch die öffentliche Hand gefordert. Wir haben ein Konzept dazu ausgearbeitet und in den Gemeinderat eingebracht. Dieser Weg zur Rettung der ATB erhielt keine politische Unterstützung.

Die SPÖ unter Bruno Kreisky wusste noch, dass es einen starken öffentlichen Sektor braucht, um Arbeitsplätze zu schaffen. Heute herrscht der neoliberale Privatisierungswahn und das Diktat der Profitmaximierung.

Gegen Leiharbeit

Die Gemeinde nimmt vor allem im Reinigungsbereich Fremdfirmen in Anspruch.

Wir sind immer gegen diese Entscheidungen aufgetreten. Leiharbeit bedeutet vermehrte Ausbeutung und sollte verboten werden. Die öffentliche Hand hat auch die Aufgabe, Arbeitsplätze mit guten Bedingungen und guter Bezahlung anbieten. Das ist auch ein Beitrag zur sozialen Sicherheit. Im Schulzentrum wird die Reinigung nun wieder durch Gemeindebedienstete durchgeführt, das ist positiv.

Weniger Lärm!



Protest hat 3 Buchstaben:

KPÖ



„So möchte ich nicht auf der Terrasse sitzen - Lärm macht krank“. Mit dieser Aussage hat Bürgermeister Harald Bergmann vor der letzten Gemeinderatswahl ein Bild von sich mit aufgesetztem Gehörschutz gepostet.

Lärm ist ein massives Problem in unserer Region, das wir immer wieder zum Thema gemacht haben. Wir haben den Antrag gestellt, die Gemeinde solle eine **Halbierung der Eurofighterflüge** fordern.

Im Zuge der **Airpower** ist der Lärm wochenlang unerträglich. Wir haben den Antrag gestellt, die Gemeinde solle eine Minimierung der Übungsflüge und das Verbot von Flugübungen über Wohngebieten verlangen. **Alle diese Forderungen wurden von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt!**

Nein zu automatischen Gebührenerhöhungen!

Früher wurden Gebührenerhöhungen im Gemeinderat beschlossen. Weil niemand Gebührenerhöhungen liebt, waren die Gemeindeverantwortlichen bestrebt, diese möglichst gering ausfallen zu lassen.

Dann wurde von SPÖ, FPÖ und ÖVP die automatische jährliche Preiserhöhung nach dem Verbraucherpreisindex eingeführt. Gebüh-

ren, wie jene für Wasser, Kanal, Friedhof oder Kindergarten werden nun jedes Jahr automatisch erhöht.

Den Menschen fällt es immer schwerer mit ihrem Einkommen auszukommen. Jede Gebührenerhöhung ist eine Belastung.

Die KPÖ ist die einzige Fraktion, die immer gegen diese Erhöhungsautomatik gestimmt hat.

Paket gegen Teuerung

Wir haben ein Unterstützungspaket der Gemeinde für unsere Bürger:innen beantragt. Einiges davon wurde umgesetzt - allerdings nur zeitlich befristet.

Aussetzung Gebührenerhöhung
Im Jahr 2023 wurden die Gebührenerhöhung bei Wasser und Kanal ausgesetzt. Wir haben vorgeschlagen, danach über ein neues Tarifsysteem nachzudenken: Eine gewisse Grundmenge sollte kostengünstig sein. Über diese Menge hinaus könnte sich der Tarif verteuern. So würde zum Sparen angeregt und die benötigte Grundmenge günstiger sein. Leider fand unser Vorschlag keine Zustimmung.

Mietpreisbremse

Der Gemeinderat hat - gegen die Stimmen der ÖVP - eine Mietpreisbremse für die Gemeindewohnungen beschlossen - leider nur bis Ende 2024. Unser Antrag, die Mietpreisbremse bis mindestens 2026 zu verlängern, wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Schmähpartei Teuerungsgutschein



In einer Pressekonferenz haben Bürgermeister Harald Bergmann und Max Lercher in allen SPÖ-Gemeinden einen Gutschein in der Höhe von mindestens 100 Euro als Teuerungsausgleich angekündigt. Nur leider wurde das in Knittelfeld nie umgesetzt.

Auf unsere Nachfrage, wann dieser Gutschein nun endlich kommt, meinte der Bürgermeister lediglich „in Knittelfeld werde es keinen Gutschein geben.“

KPÖ: ehrlich, kritisch, konstruktiv und konsequent!

Airpower:

Lärm, Abgase, Verharmlosung von Waffen, Verschwendung von Steuergeld und ein Hohn für den Klimaschutz!



Die KPÖ ist die einzige Gemeinderatsfraktion, die sich klar gegen die Airpower ausspricht. Wir haben unter dem Motto „**Peacehour statt Airpower**“ immer eine Gegenveranstaltung durchgeführt. Wir haben im Gemeinderat und im Landtag Anträge gegen die Airpower eingebracht. Wir haben ein wirtschaftliches Gegenkonzept entwickelt, von dem unsere Region profitiert hätte. Das alles wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Für Gleichberechtigung!



Es ist empörend, wie viel an Ungleichheit immer noch besteht. Frauen erledigen den Hauptanteil an Kindererziehung und Hausarbeit, haben die schlechteren Aufstiegschancen und werden schlechter bezahlt.

Jedes Jahr veranstaltet die KPÖ ein Fest zum **Internationalen Frauentag** und verteilt Nelken, um die Frauen an ihre Rechte zu erinnern. Wir machen am **Equal Pay Day** Aktionen gegen die ungleiche Bezahlung von Frauen. Auf Initiative der KPÖ macht nun auch die Gemeinde seit einigen Jahren Aktionen zum Equal Pay Day. Wir haben uns für eine **Krisenwohnung** für Frauen eingesetzt, dieses wichtige Anliegen wurde umgesetzt.

Für Frieden, Neutralität und Abrüstung!

Waffen liefern keinen Frieden. Die Sanktionen haben den Krieg nicht beendet, aber das Leben für uns alle viel teurer gemacht. Die Kehrseite von Aufrüstung und Militärisierung sind Sozialabbau und Kürzungen. **Dazu sagen wir ganz klar: nein!**

Wir machen Frieden und Abrüstung immer wieder zum Thema, veranstalten Diskussionen und halten zum Gedenken an die Bombardierung Knittelfelds und an die Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki Friedensmahnwachen ab.



Das Aichfeld wird immer mehr zur Militärregion. Heute hat der Fliegerhorst Zeltweg die meisten Beschäftigten. Am Truppenübungsplatz Seetaler Alpe trainieren NATO-Soldaten. Das ist keine gute Entwicklung. Statt Aufrüstung und neue Abfangjäger sind wir für die Umstellung des Fliegerhorstes auf Katastropheneinsätze. Die werden leider in Zukunft immer häufiger notwendig sein.

Wohnen darf nicht arm machen!

Unter diesem Motto hat die KPÖ rund 12.600 Unterschriften für eine Petition gesammelt.

Eine Forderung wurde bereits umgesetzt: Die Wohnunterstützung wurde nach 12 Jahren(!) des Stillstands um 30 % erhöht. Sie wird nun jährlich an die Inflation angepasst.

Kostenlose Mietrechtsberatung

In unserem Büro in Knittelfeld in der Friedensstraße 10 werden Mieter:innen kostenlos in Fragen des Mietrechtes beraten.



Unser Vorschlag auf Parkgebührensenkung wurde umgesetzt.

Verbesserungen bei Taxigutscheinen erreicht

Auf Initiative der KPÖ hat der Gemeinderat Verbesserungen bei den Taxigutscheinen beschlossen. Der Kreis der Menschen, die den 6-Euro Gutschein nun um vier Euro bekommen, wurde deutlich erweitert.

Wichtige Volksbegehren



Die KPÖ hat sowohl das **Klimaschutzvolksbegehren**, das **Tierschutzvolksbegehren** und das Volksbegehren zur **Anhebung des Arbeitslosengeldes** unterstützt und dafür Werbung gemacht.

Niemals vergessen!

In Zeiten wie diesen ist es wichtig, über die Zeit des Faschismus zu informieren und die Erinnerung an die Knittelfelder Widerstandskämpfer:innen wach zu halten.

Wir haben den Antrag eingebracht, dass Knittelfeld am Projekt „**Stolpersteine**“ - eine Gedenkaktion an von den Nazis ermordeten oder vertriebene Menschen - teilnehmen soll. Obwohl der Bürgermeister das zuvor zugesagt hatte, haben **SPÖ(!) und FPÖ** den Antrag abgelehnt.

Es gibt bis jetzt auch keine Bereitschaft, im heurigen Gedenkjahr über den antifaschistischen Widerstand in Knittelfeld zu informieren.

Wir bringen Ihre Anliegen in den Gemeinderat

Oft sind es die nur scheinbar „kleinen Dinge“, die wichtig für das Wohlbefinden sind. Wenn uns Dinge auffallen oder an uns herangetragen werden, bringen wir sie in den Gemeinderat. Die Umsetzung liegt leider nicht unserer Hand. Aber wir bringen ungelöste Fragen immer wieder in Erinnerung.

Einige Beispiele:

Wir haben angeregt, **Trinkwasserbrunnen** an öffentlichen Plätzen aufzustellen. Wir haben den Wunsch der Mieter:innen der Gemeinde-

wohnungen in der Kärntnerstraße-Freiheitsalle nach **Mitgestaltung ihres Innenhofes** im Gemeinderat deponiert.

Wir wurden gebeten, auf den **fehlenden Gehsteig** im Bereich Zielgelstraße in Richtung Penny-Markt hinzuweisen.

Nachdem der **Garten des Kindergartens in der Kärntnerstraße** während der Schulsanierung nicht benützbar war, haben sich Eltern an uns gewandt. Nach einem Gespräch mit dem Bürgermeister wurde die Situation verbessert.

Noch immer fehlt ein **Sonnenschutz für den Spielplatz am Hauptplatz**. Wir haben mehrmals darauf hingewiesen, dass es für dieses Problem eine Lösung braucht.

Wir haben auf die **Geruchsbelästigung** durch den Kanal in Teilen der Sandgasse hingewiesen und die Anregung nach Aufstellung von **Bankerln im Einkaufszentrum West** eingebracht.

Beim **Zirkusplatz wurden Bäume** gefällt. Wir haben öfter daran erinnert, dass eine Wiederaufforstung versprochen wurde.

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für die nächste Gemeinderatsperiode:



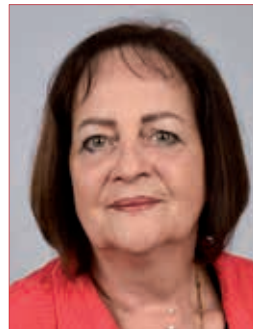
1. Josef Menszlenyi
Stadtrat



2 Ing. Renate Pacher
Gemeinderätin



3 Patrick Weber
Angestellter



4 Sonja Karimi
Gemeinderätin



5 Dr. Silke Puster
Juristin



6 Sylvia Lammer-Wultsch, Bakk.Phil.
Pädagogin



7 Roland Weber
Handelsangestellter



8 Franz Moharitsch
Gemeinderat



9 Elisabeth Lammer
Pensionistin



10 Christian Prietl
Pensionist

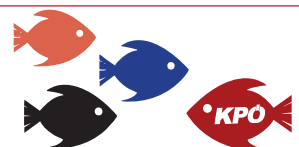


11 Jürgen Solic
Portier



12 Florian Svarcina
Eisenbahner

**Wir
ersuchen
um Ihr
Vertrauen!**



**Gegen
den Strom**

Protest hat 3 Buchstaben:

